

Demografie – Vom Totalschaden durch illegale Einwanderung



These:

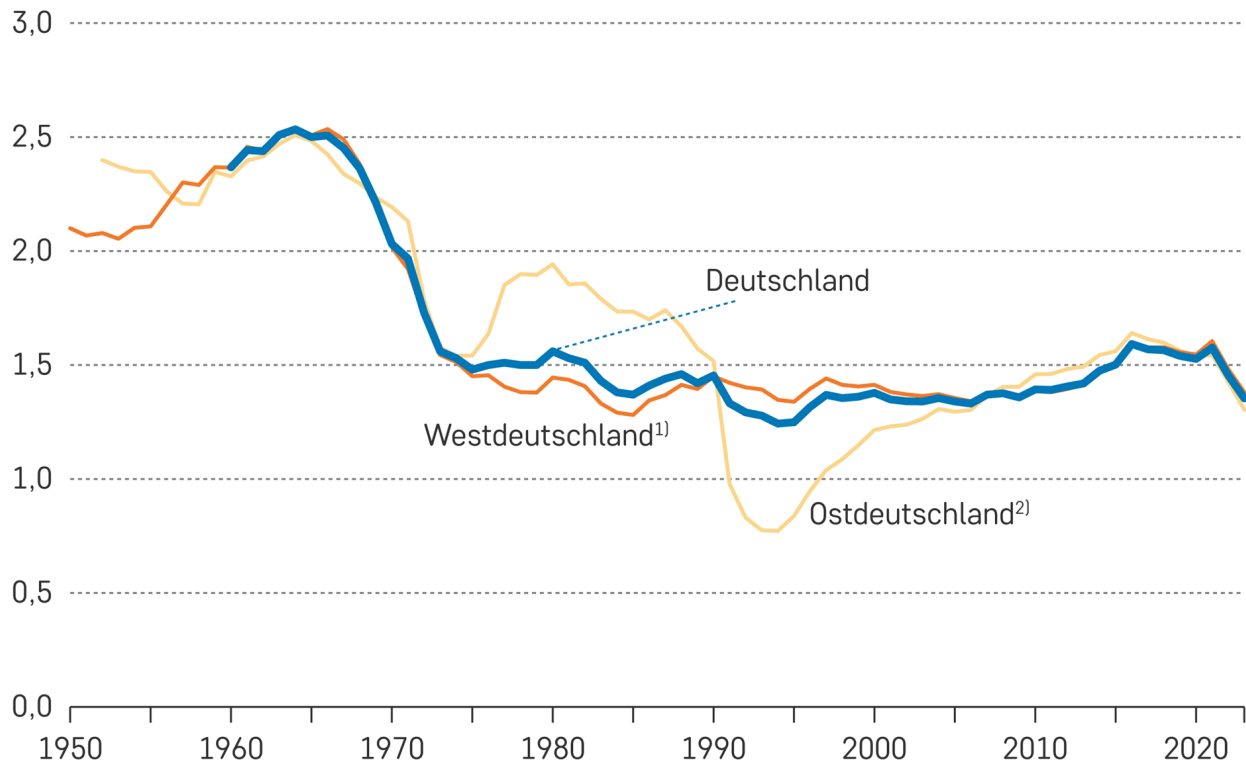
A.) Multiethnische Gesellschaften sind Multikonfliktgesellschaften mit Multi-Partikularinteressenten. Die Spaltung dieser Gesellschaften erfolgt nicht durch den Hass rechter Hetzer. Die gesellschaftlichen Bruchstellen sind in solchen Gesellschaften intrinsisch angelegt und unvermeidlich. Diversität, Heterogenität und Fragmentierung gebären unüberschaubar viele Parallelgesellschaften und soziokulturelle Biotope, die – bestenfalls – in gegenseitiger Abneigung aneinander vorbeileben. Oder sich im molekularen Bürgerkrieg zersetzen.

B.) Seit Ende der 1960er Jahre verzeichnet Deutschland, wie die meisten westlichen Industrienationen, einen sich stetig verschärfenden demografischen Wandel (Geburtenrückgang bei gleichzeitiger Überalterung, usw.). Die Nettoprofitoren des migrations- und sozialindustriellen Komplexes wiederholen in Endlosschleife das Märchen vom Erhalt »unseres Wohlstands« durch die jährlich nötige Einwanderung von 400.000 Ausländern. Das Gegenteil ist der Fall: Eine solche Einwanderung ist Wohlstandsvernichtung.

C.) Asiatische Länder wie z.B. Südkorea, Japan, Taiwan oder die Volksrepublik China verweigern sich einer vergleichbaren Masseneinwanderung zur Lösung ihrer demografischen Probleme. Sie verfolgen eine äußerst restriktive Einwanderungspolitik und streben die Lösung ihrer demografischen Schwierigkeiten durch eigene Technologie an. Statt auf fremde Menschen setzen sie auf KI, Robotik, Quantencomputer und weitere

Automatisierung. Sie werden damit die offene-Grenzen-Länder Westeuropas überflügeln sowie mehr Wohlstand und Lebensstandard schaffen als je zuvor. Der Weg, den Europa, insbesondere jedoch Deutschland, gehen, wird zu wirtschaftlichem Niedergang und Bürgerkrieg führen.

Zusammengefasste Geburtenziffer, 1950–2023



© Grafik: [Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung](#), Wiesbaden, 2024

Wohstandsvernichtung durch Einwanderung

Doch Deutschland ist kein Einwanderungsland. Eine Abstimmung darüber fand nie statt. Klassische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien sind bzw. waren – in den Augen der Kolonisatoren – menschenleere Räume, die der Besiedlung offenstanden. Ein solches Einwanderungsland war Deutschland nie. Und dennoch fand Einwanderung seit den 1950er Jahren statt. Aus heutiger Sicht wird das Ergebnis der Arbeitskräfteeinwanderung von vielen mit der Behauptung kolportiert, die Gastarbeiter bzw. die Türken hätten Deutschland (nach dem Zweiten Weltkrieg) mit aufgebaut bzw. ihnen sei das Wirtschaftswunder zu verdanken. In diesem wahrheitswidrigen Sinne dankte die deutsche Bundesregierung zum 63. Jahrestag des Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei vom 30. Oktober 1961 über die sozialen Medien allen Türken überschwänglich, die als »Gastarbeiter« ins Land gekommen und oft geblieben sind: »Ohne euch hätte es unser Wirtschaftswunder niemals gegeben«, hieß es am Mittwoch in einem [Videobeitrag](#) der Bundesregierung auf Instagram. Auch ständig wiederholte Lügen bleiben am Ende Lügen.

Bisher galt das politische Mantra: Die Deutschen könnten ihren Wohlstand in Zukunft nur durch die massenhafte Zuwanderung ausländischer Arbeits- und Fachkräfte sichern. Deutschland sei, heißt es seitens interessierter Kreise, wegen wirtschaftlicher, demografischer und sozialer Herausforderungen dringend auf ausländische Einwanderung angewiesen, insbesondere auch auf kulturfremde Einwanderung aus muslimischen und afrikanischen Ländern.

Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen): »Die Arbeitgeber scharren längst mit den Füßen und sagen: Wir brauchen diese Leute«, (Das Erste, 17.09.2015). Außerdem sagte sie: »Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht – die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können?« (ARD-Morgenmagazin, Mittwoch, 09.10.2013).

Es heißt des Weiteren frech, multikulturelle Gesellschaften könnten wirtschaftlich und kulturell bereichernd wirken. Das Spektrum der herbeigebeteten und -gebetelten Gründe reicht vom demografischen Wandel und Fachkräftemangel über einbrechende Steuereinnahmen, fehlende Rentenbeiträge und einer generell ökonomischen Innovationsmüdigkeit bis hin zur humanitären Verantwortung zugunsten »Geflüchteter« (Asylsuchende usw.). Das Gleichgewicht zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern sei erheblich aus dem Lot geraten, wird als weiteres Argument präsentiert.

Tatsächlich lässt sich der demografische Wandel nicht leugnen. Er wird augenfällig beispielsweise durch eine alternde autochthone Bevölkerung bei gleichzeitig stark sinkenden Geburtenraten von 1,35 Kindern pro Frau (2023). Seit Jahrzehnten liegt die Geburtenrate unter dem Niveau von zirka 2,1 Kindern, das notwendig wäre, um die Bevölkerung ohne Zuwanderung stabil zu halten. Dieser Wert wurde in Westdeutschland zuletzt 1969 (2,21) erreicht oder überschritten und in Ostdeutschland (DDR) 1971 (2,13). Somit hat Deutschland eine der ältesten Bevölkerungen der Welt. Das Durchschnittsalter der Deutschen beträgt heute 46,8 Jahre (in Japan 49,9 Jahre) – in Afghanistan sind es dagegen 16,8 Jahre. Jede zweite Person in Deutschland ist heute älter als 45 und jede fünfte Person älter als 66 Jahre. Die durchschnittliche Lebenserwartung belief sich 2021/2023 für Männer auf 78,2 und für Frauen auf 83,0 Jahre.

In den nächsten Jahren verabschieden sich die geburtenstarken Boomer-Jahrgänge der 1960er Jahre in Rente. Es gähnt eine demografische Lücke am Arbeitsmarkt, die trotz Masseneinwanderung schon aus Qualifikationsgründen nicht ausgefüllt werden kann. Die konkreten Folgen sind im Alltag auf vielfache Weise spürbar. In vielen Branchen, wie Kranken- und Altenpflege, Handwerk, IT, Ingenieurs- oder Bildungswesen besteht ein erheblicher Fachkräftemangel. Daher könnten, so das staatsoffizielle Narrativ, ohne Zuwanderung offene Stellen nicht besetzt werden, was wiederum das Wirtschaftswachstum hemme. Außerdem trügen hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland – die sich allerdings nicht nach Deutschland verirren – dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit in Bereichen wie Forschung, Technologie und Industrie zu sichern, Steuern zu zahlen und die Finanzierung von Sozial- und Rentensystemen zu

gewährleisten. Stattdessen beziehen mittlerweile mehr allochthone Migranten Bürgergeld als autochthone Deutsche. Sie verschärfen so die finanziellen Engpässe des Sozialsystems noch, anstatt zu einer Lösung beizutragen.

Doch unverdrossen wird die staats- und regierungsoffizielle Linie mit immer neuen »Studien« zu untermauern versucht, die jedoch nichts anderes sind als alter Wein in neuen Schläuchen. Der unter dem Titel »Mehr Migration könnte Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft deutlich erhöhen« am 23.01.2025 veröffentlichte Beitrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ([DIW aktuell 101](#)) liest sich wie all die anderen zuvor:

»Die deutsche Wirtschaft steht aufgrund des demografischen Wandels und des Ausscheidens der Babyboomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt vor einem zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangel. Dieser wird das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft erheblich einschränken. Das inländische Steigerungspotenzial zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs ist nur gering, so dass der Migration eine zentrale Rolle zufällt. Bereits seit 2023 wird der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung lediglich durch ausländische Staatsangehörige getragen. Aktuelle Berechnungen zeigen, dass ohne Migration die Wachstumsrate des Potenzials von derzeit lediglich 0,4 Prozent rasch auf null sinken würde. Um die Potenzialrate bis 2029 wieder zu ihrem langfristigen Mittelwert von 1,1 Prozent (dem Durchschnitt über den Zeitraum von 2004 bis 2023) zu heben, wäre den Berechnungen zufolge eine Zuwanderung von 1,5 Millionen Erwerbspersonen notwendig. Um die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Drittstaaten attraktiver zu machen, ist das reformierte Fachkräfteeinwanderungsgesetz zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Um den positiven Effekt ausländischer Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt und das Potenzial der deutschen Wirtschaft aber weiter zu stärken, müssen politische Maßnahmen wie der Abbau von bürokratischen Hürden bei der Visaerteilung und der Anerkennung von Qualifikationen vorangetrieben werden. Zudem ist es notwendig, die Sprachkenntnisse und Weiterqualifizierungen von Migrant*innen zu fördern, um ein Missverhältnis zwischen dem Arbeitsangebot und -bedarf zu vermeiden.«

Seit mehreren Dekaden erscheinen regelmäßig solche Auftragsarbeiten mit den stets gleichen »Lösungsansätzen«, ohne dass sie zu substantziellen Lösungen geführt hätten. Die umworbenen hochqualifizierten Fachkräfte bleiben einfach weg. Stattdessen kommen Minderqualifizierte, die auf Transferleistungen spekulieren. Das Scheitern hat einen einfachen Grund: Es ist die BRD-historische Lebenslüge, Deutschland sei ein Einwanderungsland.



Ein Blick zurück nach vorn

Die Lage ist heute ähnlich und zugleich um Dimensionen komplexer und verfahrenreicher als damals.

Der Wiederaufbau Deutschlands, sowohl infrastrukturell als auch wirtschaftlich, wurde in den ersten Nachkriegsjahren vor allem durch die einheimische Bevölkerung, Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten geleistet.

Die Rolle der Gastarbeiter beim Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg wird oft diskutiert und häufig maßlos übertrieben. So ist es wichtig, die historische Abfolge und die Fakten differenziert zu betrachten. Der erste Befund lautet: Die »Gastarbeiter« haben nicht »Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut«, da das Wirtschaftswunder weitgehend abgeschlossen war, bevor sie ab 1955 aus Italien, Griechenland (1960), Spanien (1960) oder der Türkei (1961) einwanderten. Die Initiative zur Anwerbung von Gastarbeitern ging stets von den Entsendeländern, nicht von Deutschland aus.

Nach der »Stunde null« hatten die Westalliierten zunächst keinen Wiederaufbau Deutschlands geplant. Erst nach »Ausbruch« des Kalten Krieges durch Verkündung der sogenannten Truman-Doktrin am 12.03.1947, änderte sich deren Politik. Am 03.04.1948 trat das »European Recovery Programme« (Marschallplan) in Kraft. Die Einführung der Deutschen Mark am 21.06.1948 als neue Währung beseitigte die Hyperinflation und schuf stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Sie führte dazu, dass Waren wieder verfügbar wurden, da die Bevölkerung und Unternehmen Vertrauen in die Kaufkraft der neuen Währung hatten. Im Rahmen der Währungsreform war wieder ein geregelter Außenhandel möglich. Deutschland profitierte von der steigenden Nachfrage nach Industriegütern (z. B. Maschinen, Fahrzeuge) und entwickelte sich zu einer Exportnation.

Schon 1950 erreichte Deutschland trotz der verloren gegangenen Ostgebiete wieder die Wirtschaftsleistung von 1936. Das Wirtschaftswunder nahm 1952 in Westdeutschland spürbar an Fahrt auf. Dank der etwa acht Millionen gut ausgebildeten und arbeitswilligen Flüchtlinge und Vertriebenen aus Preußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland oder Ungarn, sowie der Rückkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, bestand kein Mangel an deutschen Fachkräften. Weiterhin füllten über die Jahre bis zum Mauerbau 1961 Hunderttausende von Übersiedlern aus der SBZ (später DDR) – Akademiker, Selbstständige und Handwerker – das Arbeitskräftereservoir im Westen Deutschlands auf. All diese Menschen waren – wie zuvor schon die sogenannten Trümmerfrauen – bereit, unter schwierigen Bedingungen hart zu arbeiten. Unternehmerische und technische Innovationen, Erfindergeist und Fleiß, führten zu einem stetig anschwellenden Wirtschaftswachstum, das den Aufstieg Deutschlands zu einer führenden Industrienation begünstigte und beschleunigte.

Es war die italienische Regierung, die als erste 1953 um die Erlaubnis bat, Arbeitskräfte nach Deutschland entsenden zu dürfen. Neben dem Abbau des Außenhandelsdefizits gegenüber Deutschland hoffte man auch, die Devisenkassen mit den Heimatüberweisungen der Gastarbeiter zu füllen. Doch dieses Abkommen über den »Austausch« von Arbeitskräften nahm »Vorbildcharakter« an und weckte in der Folge die Begehrlichkeiten weiterer Entsendestaaten.

Einer davon war die Türkei. Auch hier ging die Initiative für das deutsch-türkische Anwerbeabkommen zunächst von der Türkei aus, der sich die USA anschlossen. Die Vereinigten Staaten waren es schließlich, die das deutsche Auswärtige Amt zu einem Anwerbeabkommen drängten. Ein starkes, durch ein dauerhaft über dem Wirtschaftswachstum liegendes Bevölkerungswachstum, verbunden mit Landflucht, hatte in der Türkei zu hohen Arbeitslosenzahlen geführt. Diese hoffte man durch das Abkommen zu reduzieren. Neben der Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes versprach man sich dringend benötigte Deviseneinnahmen sowie einen Modernisierungsschub durch zurückkehrende Gastarbeiter.

In Ihrem Buch »Diplomatische Tauschgeschäfte. »Gastarbeiter« in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973« analysierte die Wirtschaftshistorikerin Heike Knortz u.a. die Interessenlage der USA. 1952 wurde die Türkei aufgrund geostrategischer Motive der USA in die NATO aufgenommen. Ziel der USA war daher eine ökonomische Stabilisierung der Türkei, um sie nicht als Partner zu gefährden. Die Hintergedanken der USA wurden Ende der 1950er Jahre deutlich mit der Stationierung von PGM-19 Jupiter-Mittelstreckenraketen in Italien ab 1959 und in der Türkei 1961 als Teil der NATO-Strategie zur Abschreckung der Sowjetunion. Dies geschah im Rahmen der sogenannten »Forward Deployment«-Politik, um Raketen näher an sowjetische Ziele zu positionieren. Die Jupiter-Raketen in der Türkei, an der Südostflanke zur Sowjetunion, hatten eine Reichweite von etwa 2.400 Kilometern, womit sie wichtige Ziele erreichen konnten, darunter Moskau. Dies führte im Anschluss zur Gegenreaktion der Sowjetunion und zur sogenannten Kuba-Krise.

Obwohl die deutsche Bundesregierung zunächst sehr zurückhaltend auf das Ansinnen der Türkei reagierte und Arbeitsminister Theodor Blank es sogar ablehnte, musste man sich schließlich dem US-amerikanischen Druck beugen. Die deutsche Seite schätzte damals mögliche, aus der kulturell-religiösen Distanz resultierende Konflikte als zu groß ein. Darüber hinaus war das Potenzial an deutschen Arbeitslosen aus strukturschwachen Regionen noch nicht hinreichend ausgeschöpft, weshalb kein weiterer Bedarf an (türkischen) Arbeitskräften bestand. Schließlich setzten sich mit Abschluss des Abkommens die außenpolitischen Ziele der USA/NATO sowie die innenpolitischen und wirtschaftlichen Ziele der Türkei durch. Da das Abkommen einen außen- statt einen wirtschaftspolitischen Hintergrund hatte, wurde es vom deutschen Außenministerium anstelle des Wirtschaftsministeriums verhandelt und abgeschlossen. Die ersten türkischen Gastarbeiter kamen am 30.10.1961 nach Deutschland. In den vielen Jahren danach haben sich innerhalb der EU gut drei Viertel aller Türken in Deutschland angesiedelt.

Doch schon Jahre zuvor wurden der Wiederaufbau und das Wirtschaftswunder vollendet. Das Jahr 1955 war das wachstumsstärkste der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Wirtschaft wuchs um 12,1 Prozent, die Reallöhne stiegen um zehn Prozent, der Konsum wurde angekurbelt – und die Deutschen wurden zur Autofahrernation. Am 05.08.1955 lief der einmillionste VW Käfer vom Band. 1959 stieg das kleine Westdeutschland zur zweitgrößten Industrienation der Welt nach den USA auf.

Die Beschäftigung der billigen Gastarbeiter verhinderte indessen manch nötigen Strukturwandel. Durch die Aufnahme der vielen neuen ungelernten Arbeitskräfte wurden veraltete Industriekomplexe wie der Kohlebergbau oder die kleinteiligere Textilindustrie künstlich am Leben erhalten, schreibt Heike Knortz. Notwendige, kapitalintensive Investitionen in Produktivitätssteigerungen, Innovationen und die anstehende Transformation hin zum tertiären Sektor, den Dienstleistungen, wurden verschleppt. Diese Fehlentwicklung legte den Grundstein für die spätere schwere Strukturkrise in den 1970er Jahren, da ein »stärker technikinduziertes Wachstum« in der Bundesrepublik Deutschland so bis 1973 verzögert wurde. Folgt man dieser Argumentation, dann hätte der Verzicht auf ausländische Arbeitskräfte, eine weitere Rationalisierung, Automatisierung und Robotisierung der Industrie erzwungen und dadurch die Produktivität weiter erhöht.

Ein vorsätzliches Parteipolitikversagen der repräsentativen Demokratie

Neunzig Prozent aller seit 2015 nach Deutschland Eingewanderten stammen aus Ländern und Regionen mit islamischer Sozialisation. Die meisten von ihnen kamen oder kommen aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, Irak, Somalia und dem Iran¹. Nicht verwunderlich ist es daher, dass sie die oft religiös bedingten Konflikte ihrer Heimat mit einschleppen. Mit im Gepäck haben sie aber auch einen Wertekanon, der eine äußerst geringe Übereinstimmung und Schnittmenge mit westlichen Werten und »preußischen Tugenden« aufweist. Im Gegensatz zur – zumindest bis vor zehn, fünfzehn Jahren – hierzulande gültigen Tradition der hohen Wertschätzung von Bildung, ist diese im Islam nur wenig ausgeprägt. Ein zuverlässiger Maßstab für Bildungshunger und -beflissenheit

sind das Image und der Nimbus des Kulturgutes »Buch«. Sowohl in islamischen Gesellschaften als auch bei den muslimischen Einwanderern steht es nicht gerade hoch im Kurs. Während ein durchschnittlicher US-Amerikaner zwölf Bücher im Jahr liest, kommt ein durchschnittlicher Araber gemäß »Arab Human Development Report 2003« der UN auf weniger als ein durchgelesenes Buch pro Jahr. Die Kinder im Westen verbringen (mit abnehmender Tendenz) rund 200 Stunden jährlich mit Belletristik, arabische Kinder durchschnittlich nur sechs Minuten (pro Jahr). Das Gleiche äußert sich auch in der Wissensproduktion. In der ganzen arabischen Welt mit etwa 450-470 Millionen Menschen wurden (2008) nach Angaben des Generalsekretärs des arabischen Verlegerverbandes 5.910 Bücher auf Arabisch mit größtenteils kleinen Auflagen zwischen 2.000 und 3.000 Exemplaren veröffentlicht. Allein in Deutschland erschienen im gleichen Zeitraum an die 83.000 neue Titel.

Als Land ohne große Rohstoffvorkommen, als Land mit den meisten Grenzen zu größtenteils skeptischen Nachbarn in Europa, befindet sich Deutschland mittlerweile in einer verzwickten bis desolaten Lage. Der einzige Rohstoff, über den Deutschland verfüge, sei Bildung und Ausbildung, heißt es stets – das Können, die Kompetenzen seiner Bürger sowie deren Fleiß, Entdecker- und Erfindergeist. Doch diese einst weltweit bewunderten Fähigkeiten schmelzen aufgrund einer fahrlässig-weltfremden bis vorsätzlich-destruktiven Politik wie Eis in der Sonne.

Das Bildungsniveau der zumindest seit 2015 Eingewanderten bescherte Deutschland keine Fachkräfte, sondern vor allem Sozialhilfe-, heute Bürgergeldempfänger. Dem steht nach zahllosen Reformen ein bis zur Dysfunktionalität herabgewirtschaftetes, föderales Bildungswesen gegenüber. Egal, wie und was heute – insbesondere im internationalen Vergleich, gemessen wird: Der deutsche Schulalltag wird geprägt von Jahr zu Jahr schlechteren Schülerleistungen. In gleichem Maß, wie das Können sinkt, steigt die Gewalt an den Schulen und um die Schulen herum. Und so scheint das Bildungswesen in mehreren selbst gestellten Fallen gefangen zu sein, aus denen es kein Entrinnen mehr zu geben scheint.

Bildungsferne, die aus der Ferne kam (und kommt)

Über den Tellerrand geblickt, zeigt sich, dass in vielen OECD-Ländern Kinder aus Migrantenfamilien in der Schule schlechter abschneiden als ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund. Die meisten Studien kommen zu dem Schluss, dass Einwandererkinder in der Klasse negative Effekte auf die schulischen Leistungen einheimischer Schüler haben. Andere, wenige Untersuchungen stellen keinen Effekt der Einwandererkonzentration auf die schulischen Leistungen einheimischer Schüler fest. Oder wollen keinen feststellen.

Die Ideologie von Diversity, Equality und Inclusion zwang das einst vorbildliche deutsche Schulsystem in die Knie. Die Einschulung bildungsferner Jahrgangskohorten aus der islamisch-arabischen Region und Subsahara-Afrika versetzten ihm den Todesstoß, gab ihm den Rest.

Schon seit Jahren weisen Vergleichstests wie die PISA-Studien darauf hin, dass das Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler in Deutschland sinkt. Immer mehr von ihnen mangelt es an altersgemäß erwartbaren Fähigkeiten, ja selbst an den einfachsten Kulturtechniken. Dies dürfte zur Folge haben, dass in Zukunft noch mehr junge Menschen die Bildungsziele nicht erreichen werden.

Laut dem deutschen Mikrozensus hatten im Jahr 2011 bereits 28 Prozent der Schulkinder einen Migrationshintergrund. Dieser Anteil ist im Jahr 2017 auf 36 Prozent gestiegen (Destatis). In der Alterskohorte der unter 15-Jährigen weisen über 40 Prozent einen Migrationshintergrund auf. Laut aktueller Pisa-Studie gehören 64 Prozent von ihnen zur Risikogruppe in Deutsch und Mathematik. Das bedeutet, dass ihnen in diesen Fächern die Mindestvoraussetzungen fehlen, um künftige schulische und berufliche Herausforderungen bewältigen zu können.

Bekräftigt wird diese Feststellung durch die Ergebnisse des jüngsten Mathematik-Tests für Baden-Württembergs Viertklässler zur Grundschulempfehlung. Es drängt sich wiederholt die Frage auf, ob mit der »Generation Alpha«, die vielerorts eher als »Generation Talahon« aufwächst, noch eine technisch-wissenschaftliche Zivilisation aufrechterhalten werden kann. Nur sechs Prozent der Ende November 2024 landesweit knapp 100.000 geprüften Viertklässler erreichten den gymnasialen Leistungsanspruch. Während zuletzt rund 44 Prozent der Viertklässler aufs Gymnasium wechselten, erreichten dem Test zufolge 86 Prozent lediglich das Hauptschul- und acht Prozent das Realschulniveau.

Passend zum Ergebnis aus Baden-Württemberg warf die am 14.01.2025 veröffentlichte Studie »Aufwachsen in bildungsfernen Familien« ein grelles Schlaglicht auf das hoffnungslose Bildungsdesaster Deutschlands. Die Auswertung des vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) durchgeführten Mikrozensus zeigt, dass in den letzten Jahren immer mehr Kinder in Deutschland in bildungsfernen Milieus aufwuchsen. Demnach ist der Anteil der Minderjährigen mit Eltern ohne berufsqualifizierenden Abschluss zwischen den Jahren 2011 und 2021 von 11,4 Prozent auf 17,6 Prozent gestiegen. Mehr als jedes zwanzigste Kind gehört inzwischen der besonders vulnerablen Gruppe der Kinder mit Eltern ohne Schulabschluss an. Besonders hoch sind die Anteile in den Großstädten Nordrhein-Westfalens und eher niedrig in den kleineren Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern in den neuen Bundesländern und in Bayern. Ein bedeutender Teil der heute in Deutschland lebenden bildungsfernen Kinder ist erst im Laufe ihres Lebens nach Deutschland zugezogen, heißt es in der IW-Studie weiter.

Insgesamt sind die »nicht rein deutschsprachigen Kinder unter den bildungsfernen Kindern mit 64,9 Prozent sogar in der Mehrheit. Gleichzeitig sind 25 Prozent der bildungsfernen Kinder selbst zugewandert und 64,2 Prozent haben eine beidseitige Einwanderungsgeschichte, das heißt, kein Elternteil ist in Deutschland geboren. Noch deutlich größer sind die jeweiligen Anteile bei den Kindern mit Eltern ohne Schulabschluss«.

Da nützt es auch nichts, dass migrantische Kinder in Deutschland von ihren Lehrern – wie es viele Vorurteile weismachen wollten – nicht diskriminiert, sondern sogar bevorteilt werden. Zu diesem Ergebnis kam jedenfalls eine Studie der Universität Duisburg-Essen (UDE). Denn bislang wurde das schlechte Abschneiden von Kindern mit Migrationshintergrund in den Pisa-Studien auf eine mögliche Diskriminierung durch Lehrer geschoben. Doch zeigt die UDE-Analyse das Gegenteil: Sie belegt, dass Kinder mit Migrationshintergrund zwar im Durchschnitt schlechtere Noten erhalten als Kinder ohne Migrationshintergrund. Im Vergleich zu anonymen Tests bewerten die Lehrkräfte Kinder mit Migrationshintergrund jedoch positiver. Dies gilt auch für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern. Dies könnte darauf hindeuten, dass Lehrkräfte versuchen, soziale Benachteiligungen durch eine wohlwollendere Benotung auszugleichen.

Am Ende könnten sich diese unbewussten Reaktionen des Lehrkörpers dennoch als kontraproduktiv erweisen. Denn am objektiven Bildungsstand der Migrantenschüler ändert sich dadurch nichts. Spätestens nach der Schule, wenn es um Ausbildungsplätze, Bewerbungen und Jobs geht, zählen die reinen Tatsachen. Wie sich aus diesem Reservoir eine arbeitsfähige Generation formen lässt, bleibt indessen ein Rätsel. Und es ist qualitativ kein primär deutsches Problem – schlimmstenfalls ein quantitatives.

Eingewanderte Bildungsferne und Gewalt – zwei Seiten einer Medaille

Ein nach Deutschland eingesickerter 20-jähriger Afghane, dessen Asylantrag längst abgelehnt ist, fand im September 2023 in der Verbandsgemeinde Rudesheim (knapp 1.800 Einwohner), Landkreis Bad Kreuznach, Unterschlupf in einer Wohngemeinschaft (Info). Aufgrund seiner Gefährlichkeit mit islamo-fanatischem Bezug wurde er kürzlich wegen Sicherheitsbedenken, nachdem er zwischenzeitlich in eine Notunterkunft in Windesheim verlegt wurde, in einen Einzelcontainer umquartiert. Dort muss er von einem privaten Sicherheitsdienst rund um die Uhr bewacht werden. Die dafür fälligen Kosten von 40.000 Euro im Monat belasten den Kreishaushalt erheblich. Das Problem: Sogenannte Rückführungen nach Afghanistan seien grundsätzlich nicht oder nur im Einzelfall möglich, obwohl er vollziehbar zur Ausreise verpflichtet ist, heißt es offiziell.

Seit spätestens 30 Jahren herrscht nicht nur auf den Straßen Deutschlands, sondern auch in den Klassenzimmern und auf den Schulfluren, auf den Schulhöfen und Schulwegen ein nicht erklärter, aber für immer mehr Schüler körperlich spürbarer, molekularer Bürgerkrieg. Die meisten Schulen – längst nicht mehr nur die großstädtischen Brennpunktschulen, sehen sich in fast jeder Klasse nicht nur mit Bildungsferne oder Sprachschwierigkeiten konfrontiert, sondern immer häufiger mit enthemmter Gewalt. Seitens der Schüler und der Eltern.

Allein im Jahr 2023 zählten die Sicherheitsbehörden bundesweit rund 27.500 Gewaltdelikte an Schulen, darunter Körperverletzungen, Raubstraftaten und Messerangriffe – ein Plus von 27 Prozent im Vergleich zu 2022. In Berlin gibt es an jedem Schultag im Durchschnitt fünf Polizei-Einsätze an Schulen. Es darf von einer erschreckend hohen Dunkelziffer ausgegangen werden.

Am 31.01.2025 verwies die baden-württembergische Ministerin der Justiz und für Migration, Marion Gentges (CDU), auf Angaben ihres Ministeriums, wonach die Zahl der Tatverdächtigen unter 14 Jahren in den vergangenen zehn Jahren überdurchschnittlich gestiegen sei. »Für mich besonders erschreckend ist die Entwicklung bei den Aggressions- und Gewaltdelikten, also bei Mord, Totschlag oder Raub«, sagte die Ministerin einem Bericht von WELT Online zufolge.

Warnungen der Schulverantwortlichen an Schüler, Eltern oder Aufsichtspersonen vor unsicheren Gegenden, Wegen, Haltestellen usw. sind inzwischen keine Seltenheit, sondern die verschämt und pflichtschuldig eingestandene Regel. So wurde – als eines von vielen Beispielen – ein Warnschreiben des Sportgymnasiums Dresden (Informationsblatt Nr. 17) vom 30.01.2025 mit dem Titel »Belehrungen zum Verhalten im Schulgelände und außerhalb« bekannt, mit dem Kollegen und Eltern für das »neue Normal« in Deutschland sensibilisiert werden sollten. Wörtlich hieß es: »Es sind im Umfeld der Schule, vor allem zurzeit am REWE, aber auch auf dem Weg zwischen den Sportstätten und im Ostra-Gelände zunehmend Personengruppen unterwegs, die unsere Schüler ganz gezielt ausspähen, angreifen und ›abziehen‹«.

Am 04.10.2024 berichtete FOCUS Online über eine Lehrerin, die über die tägliche Gewalt an einer Brennpunkt-Schule »auspackte«. Offen sprach sie über den schulischen »Höllen-Alltag« aufgrund einer hohen Migranten-Quote aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien. Verrohung und Aggressionen, sexuelle Übergriffe und Bedrohungen, Beleidigungen der Lehrerinnen – in zumeist sexualisierter Fäkalsprache – und Mobbing, Messergewalt und Polizeieinsätze seien an der Tagesordnung, berichtete die Pädagogin. Wörtlich: »An unserer Gesamtschule hatten 80 bis 90 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund. Viele stammen aus islamisch geprägten Ländern wie Irak, Syrien, Türkei, Algerien, Bosnien, Tschetschenien, Afghanistan oder Pakistan, aber auch aus Russland und Nordafrika.« Die Herkunft der Schülerschaft mit ihren Krisen- und Kriegserlebnissen sei mitursächlich für die zum Teil chaotischen Zustände an der Einrichtung, glaubt sie. »Der Zusammenhang lässt sich aus meiner Sicht nicht leugnen. Aber kaum jemand traut sich, das offen auszusprechen.« Für die ausufernde Gewalt in Klassenzimmern und auf Pausenhöfen seien »hauptsächlich migrantische Schüler verantwortlich, also die männlichen Heranwachsenden«, stellte die Lehrerin (...) fest.

Wiederholt in die Schlagzeilen geraten ist die Friedrich-Bergius-Schule in Berlin-Friedenau. Dort spielten sich am 15.01.2025 nach übereinstimmenden Berichten im unmittelbaren Umfeld der Schule regelrechte Jagdszenen ab. Ein Siebtklässler wurde von einer rund 90 Personen großen fremdländischen Bande mit Messern, Baseballschlägern und Schlagringen bedroht. »Wir stechen dich ab«, sei bei der Verfolgung gerufen worden. Nur durch Glück und Flucht konnte er sein Leben retten. Bereits im November 2024 hatte das Lehrerkollegium in einem Brandbrief die ausufernde Gewalt durch die hohe Zahl kaum integrierbarer Schüler mit Migrationshintergrund

öffentlich kritisiert. Es vergehe kein Tag ohne Beleidigungen, Bedrohungen, Mobbing und Gewalt. Auch Flaschenwürfe, Böller-Explosionen und Schläge seien an der Tagesordnung. Aber es sind noch Steigerungen der Brutalität möglich.

Am 09.11.2023 schoss der 15-jährige Mateja Zigri, ein von den Medien als »Deutscher« geframter Schüler serbisch-kosovarischer Herkunft im Klassenzimmer der 9. Klasse, seinem 15-jährigen irakischen Schulkameraden Pawlos aus nächster Nähe zwei Mal in den Hinterkopf. Für die Tat nutzte er eine Pistole Beretta, Kaliber 7,65 mm, seines Großvaters. Täter und Opfer waren Schüler der sonderpädagogischen Waldbachschule in Offenburg. Mateja wurde wegen heimtückischen Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung zu acht Jahren und neun Monaten Jugendstrafe verurteilt (Quelle 1; Quelle 2).

Solche und ähnliche Vorfälle werden von Flensburg bis Füssen und von Freiburg bis Cottbus berichtet. Die Schule und ihr Umfeld ist nur ein verkleinertes Abbild dessen, was spätestens seit 2015 in Deutschland eingewandert ist. Unsicher wie die Schulen ist der gesamte öffentliche, zunehmend verwahrloste Raum.

Allein die Bundeshauptstadt Berlin verzeichnet durchschnittlich 20 Sexualverbrechen am Tag. Das waren 7.475 polizeilich registrierte Straftaten im Jahr 2024, was einer Steigerung um 79 Prozent seit 2018 (4.181 Sexualverbrechen) entspricht. Darunter jeden Tag mehr als zwei Vergewaltigungen bzw. Gruppenvergewaltigungen. Bei Deliktarten wie der sexuellen Nötigung im besonders schweren Fall (besonders erniedrigend oder gemeinschaftlich) lag der Anteil ausländischer Täter bei 75 Prozent. Da bei Sexualstraftaten von einer hohen Dunkelziffer (Bedrohung, Scham, Angst, usw.) auszugehen ist, dürften die tatsächlichen Zahlen noch beträchtlich höher sein.

Im Vereinigten Königreich wurden über Jahrzehnte Zehntausende weißer Mädchen, oft minderjährig und der Unterschicht angehörig, überwiegend von Pakistanis, aber auch von Afghanen und Irakern, systematisch sexuell ausgebeutet. Die Männer spielten ihnen Liebe vor, um sie dann mit brutaler Gewalt in die Zwangsprostitution zu prügeln. Viele Mädchen wurden dabei ermordet. Polizei, Schulen, Krankenhäuser – die britischen Institutionen schauten weg. Angeblich, weil sie fürchteten, sonst als Rassisten verunglimpft zu werden. Doch die Tatsachen sind klar: Muslimische Männer mit Migrationshintergrund missbrauchten in großem Stil und über einen langen Zeitraum weiße autochthone Mädchen. All diese Taten geschahen vor einem weltanschaulichen religiösen Hintergrund. Als molekularer Dschihad. Die Lage ist in Deutschland prinzipiell nicht anders. Und kein Politiker will die Zeichen an der Wand erkennen. Jedenfalls nicht offiziell.

Das betrifft auch die epidemisch grassierende Messergewalt. Städtenamen werden nicht mehr assoziiert mit wirtschaftlichen Erfolgen, architektonischer Schönheit oder den Denkmälern einer großen Vergangenheit, sondern mit furchtbaren Anschlägen und/oder barbarischen Morden: Kandel (2017), Chemnitz (2018), Würzburg (2021), Brokstedt (2023), Mannheim (2024), Solingen (2024), Magdeburg (2024), Aschaffenburg (2025) und so weiter. Im Jahr 2023 wurden in Deutschland laut BKA 8.951 Messerangriffe im

Bereich gefährliche und schwere Körperverletzung registriert, sowie 4.893 im Bereich Raub, in Summe 13.844. Damit stieg ihre Zahl jeweils gegenüber dem Vorjahr an. Ohne Berücksichtigung einer erheblichen Dunkelziffer ...

Die Hausmeister von drei Schulen in Mönchengladbach bekommen jetzt stichfeste Westen (Rheinische Post). Außerdem stichfeste Handschuhe und schnittfeste Langarm-Shirts. Eigentlich hatten sich die Hausmeister schusssichere Westen gewünscht.

Während die Gewaltbelastung in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich zurückgegangen sei, sei sie durch die verstärkte Zuwanderung wieder deutlich angestiegen, erklärte der Migrationsforscher Stefan Luft. Studien des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) schon zu Beginn der 2000er-Jahre hatten klar belegt, dass kulturelle Faktoren bei Kriminalität durchaus eine Rolle spielen. Von Migrationsprofiteuren denunziatorisch gelehnt, ist die tägliche Zahl an Fällen kaum noch überschaubar.

Das vermeidbare Abschlagen eines zweijährigen Jungen sowie eines 41-jährigen Passanten mit einem Küchenmesser durch den 28-jährigen Afghanen Enamullah Omarzai am 22.01.2025 in Aschaffenburg ist nur ein Glied in einer sehr langen Kette, die wöchentlich länger wird ... Quellen: Gewalttat im Park Schöntal, 1. Nachtragsmeldung, 2. Nachtragsmeldung Polizeipräsidium Unterfranken.

Vom molekularen Bürgerkrieg zum Vorbürgerkrieg zum Stahlgewitter

Migration, ein Phänomen, von dem klassische Einwanderungsländer stark profitiert hätten, werde heute nicht mehr aus wirtschaftlichen Überlegungen begünstigt, sondern nur noch aus schlechtem Gewissen zugelassen, meinte der argentinische Präsident Javier Milei (54) bei seinem Auftritt am Weltwirtschaftsforum 2025. Die zahlreichen Verbrechen von Migranten überall auf der Welt seien mitverantwortlich für den gesellschaftlichen Suizid, der uns drohe, sagte er am 23.01.2025 in Davos.

Der bereits erwähnte Begriff »molekular« im Zusammenhang mit Dschihad, ursprünglich bezogen auf den Bürgerkrieg, geht auf einen Essay des deutschen Dichters und Schriftstellers Hans Magnus Enzensberger zurück. Der wurde unter dem Titel »Ausblicke auf den Bürgerkrieg« im Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL 25/1993 veröffentlicht. Im Frankfurter Suhrkamp-Verlag erschien der erweiterte Text im gleichen Jahr als »Aussichten auf den Bürgerkrieg«.

Enzensberger verstand unter einem »molekularen Bürgerkrieg« die Fragmentierung und Zersplitterung der Gesellschaft in eine Vielzahl von kleinen, teils unsichtbaren Konflikten, die nicht in traditionellen politischen Formen ausgetragen werden, sondern tief in der Alltagsrealität der Menschen verankert sind. Somit bezieht sich dieser »molekulare Bürgerkrieg« auf den Zerfall traditioneller sozialer Strukturen und die Diversifizierung der Gesellschaft, in der Spannungen und Konflikte nicht mehr als offene, politische Auseinandersetzungen stattfinden, sondern sich in subtileren, alltäglichen Formen äußern. Die Konflikte würden nicht mehr nur zwischen großen politischen Lagern oder

Institutionen ausgetragen, sondern die einzelnen Individuen und Gruppen direkt betreffen, oft in Form von sozialer Entfremdung, kulturellen Spannungen oder Gewalt, die nicht unmittelbar politisch sind, aber dennoch das gesellschaftliche Gefüge destabilisieren.

»Begonnen wird er stets von einer Minderheit; wahrscheinlich genügt es, wenn jeder hundertste ihn will, um ein zivilisiertes Zusammenleben unmöglich zu machen. Noch gibt es in den Industrieländern eine Mehrheit von Zivilisten. Unsere Bürgerkriege haben bisher nicht die Massen ergriffen, sie sind molekular. Sie können aber, (...), jederzeit eskalieren und zum Flächenbrand werden«, heißt es in Enzensbergers Text.

Es fällt deshalb den Bürgern, insbesondere den politischen Handlungsträgern als Verantwortlichen dieser Lage so schwer, zu begreifen und zugeben zu müssen, dass die täglichen, stets zu Einzelfällen bzw. psychiatrischen Einzelfällen umgedeuteten Messerangriffe und Messermorde durch zumeist muslimische Einwanderer, nicht zufällig sind. Es sind keine isolierten Taten, sondern eine ziemlich verschärfte Form des molekularen Bürgerkriegs, der als informell koordinierter Dschihad gegen die Einheimischen immer deutlichere Konturen gewinnt. Das Gleiche gilt für die Gewalteskalation der linkstotalitären Antifa.

Enzensberger schrieb 1993 (!) in seinem Essay: »Ein französischer Sozialarbeiter berichtet aus der Banlieue von Paris: Sie haben schon alles kaputtgemacht, die Briefkästen, die Türen, die Treppenhäuser. Die Poliklinik, wo ihre kleinen Brüder und Schwestern gratis behandelt werden, haben sie demoliert und geplündert. Sie erkennen keinerlei Regeln an. Sie schlagen Arzt- und Zahnarztpraxen kurz und klein und zerstören ihre Schulen. Wenn man ihnen einen Fußballplatz einrichtet, sägen sie die Torpfosten ab.«

Das sind keine Zufälle. Das ist gewollt. Es waren sogenannte Intellektuelle, Ideologen und Spindoctors – wie der in Deutschland geborene polnischstämmige Politikwissenschaftler mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft, Yascha Mounk, die einer vorsätzlichen Heterogenisierung traditionaler Gesellschaften das Wort redeten. Bekannt ist seine Hoffnung, »(...) dass wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen und zwar eine monoethische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, es wird glaube ich auch klappen, aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.« Er sagte dies am 20.02.2018 im Rahmen eines Interviews in den ARD-Tagesthemen. Darüber hinaus forderte er, Gegner einer multiethnischen Gesellschaft, die mit Hass darauf reagieren, vom Staat wegen Hassverbrechen zu bestrafen. Indessen ahnte der SDS- und APO-Aktivist sowie spätere Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit schon 1991: »Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt und kennt Wanderungsgewinner ebenso wie Modernisierungsverlierer; sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen« (DIE ZEIT Nr. 48/1991, 22.11.1991).

Ausbildungsniveau der Zuwanderer bestimmt über Verlust oder Gewinn

Die höchsten Kosten dieser Art von Einwanderung sind indessen die Fälle, in denen Einwanderung Leben kostet. Oder Leben dauerhaft schädigt. Es sind die Kosten eines wie oben umrissenen molekularen Bürgerkriegs gegen die einheimische Bevölkerung, der sich zunehmend zu einem Orkan zusammenbraut. Neben dem Totalversagen der zahllosen »Bildungsreformen« seit Ende der 1960er Jahre scheint die Demografie der Einwanderung und die Gewaltneigung der Schüler das Schicksal Deutschlands als Bildungsnation und entwickeltes Land zu besiegeln.

Wenn also eine große Zahl von Einwanderern geringer qualifiziert ist als der Durchschnitt der autochthonen (bereits länger hier lebenden) Bevölkerung, zugleich aber erheblich gewaltbereiter, dann geraten sowohl die Aufnahmegesellschaft selbst als auch der Sozialstaat – zu dessen angeblicher Rettung eingewandert werden soll – unweigerlich aus dem Lot. Allein die Flüchtlingskosten des Bundes belaufen sich auf über 70 Milliarden Euro im Jahr. All das sind – neben den unüberschaubaren Opportunitätskosten, die täglich mit Gesundheit und Leben der Einheimischen beglichen werden, finanzielle Belastungen, die keine Gesellschaft dulden muss und auf Dauer stemmen kann!

Zahlreiche Befunde stützen diese Vermutung. So veröffentlichten im Januar 2024 niederländische Migrationsforscher Studien, u.a. mit dem Titel »Folgen der Einwanderung für die öffentlichen Finanzen« (Borderless Welfare State) Auf der Grundlage riesiger Datensätze betreffs Herkunft der Einwanderer, Bildungsabschlüsse, Einwanderungsmotive, Steuern, Transferleistungen, Kriminalitätsstatistiken usw. erfolgten zahlreiche Kosten-Nutzen-Analysen. Unabhängig voneinander kamen das Institut des Soziologieprofessors Gerrit W. Kreffer et al. (University of Amsterdam) und das im Auftrag des Unterhauses eingesetzte Forscherteam (Staatscommissie Demografische Ontwikkelingen 2050) um den niederländischen Staatsrat Richard van Zwol zu identischen Ergebnissen: Nach heutigem Stand, und ohne politisches Umsteuern, ist die unkontrollierte Einwanderung für die Niederlande sowie für vergleichbare westeuropäische Länder ein riesiges Verlustgeschäft, ein – nicht nur finanzielles – Fiasko.

Es wurde verglichen, welchen Nettoeinfluss Einwanderer auf die Staatskassen haben, d.h., was sie einerseits an Steuern zahlen und was sie andererseits an Transferleistungen erhalten oder an sonstigen Kosten verursachen. Die Bilanz ist ernüchternd. Je nach Herkunftsregion und Migrationsmotiv kosten (irreguläre) Einwanderer den einheimischen Steuerzahlern sechstellige Beträge je Person – im Durchschnitt 475.000 Euro in den ersten zwei Generationen. Personen, die mittels Familiennachzug kommen, kosten weitere 275.000 Euro. Am teuersten für westliche Aufnahmeländer sind Asylbegehrende und sogenannte Flüchtlinge aus Afrika. Jeder von ihnen kostet den Steuerzahlern nach Angabe der niederländischen Forscher 625.000 Euro.

Den niederländischen Berechnungsmodellen zufolge haben Einwanderer nur dann einen »positiven Netto-Einfluss«, wenn ihr Bildungsniveau in Gestalt von Berufs- oder Hochschulausbildung über dem der einheimischen Gesellschaft liegt. Eine solche

gesteuerte Arbeitsmigration bringt dem Staat durchschnittlich 125.000 Euro mehr. Bei Bildungseinwanderern aus der EU und Großbritannien ergibt sich ein Plus von zirka 75.000 Euro. Je höher die Bildung, desto positiver der Netto-Beitrag. Es macht einen gewaltigen Unterschied aus, ob die eingewanderte Person ein Wirtschaftsflüchtling oder ein Asylbewerber aus dem Nahen Osten bzw. aus Afrika ist, oder eine ausgebildete, qualifizierte Fachkraft aus z.B. Japan, China, Indien oder den USA. Und es gilt noch etwas anderes zu berücksichtigen: Fachkraft ist nicht gleich Fachkraft. Jemand, der beispielsweise in Syrien als mittel- oder hochqualifiziert gilt, ist dies nicht automatisch auch in Deutschland. Es ist ein Unterschied, ob ein Arzt in Kinshasa oder Damaskus studiert hat – oder in Freiburg, Tübingen oder Heidelberg. Die Hochschulabschlüsse sind nicht vergleichbar. Das ist bei Handwerkern nicht anders ...

Bestätigt werden die Studien aus den Niederlanden durch ähnliche Forschungsergebnisse des Wirtschaftswissenschaftlers Bernd Raffelhüschen von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Ausgangspunkt seiner Berechnungen ist die Generationenbilanzierung. Betrachtet werden auf der Soll-Seite alle Steuern, Abgaben, Pflege-, Renten-, Krankenversicherungsbeiträge usw., die Wirtschaft und Arbeitnehmer ins deutsche Steuer- und Sozialsystem einzahlen und auf der Haben-Seite die Ansprüche auf Transferzahlungen (Rente, Pensionen, Pflegekosten, Zuschüsse usw.) über die jeweils zu erwartende Lebenszeit der Anspruchsberechtigten. Doch wegen der alternden Gesellschaft besteht eine Lücke, die von Jahr zu Jahr größer wird, zwischen dem, was heute eingezahlt wird und den Leistungszusagen des Sozialstaats für heutige und künftige Generationen. In vielen Fällen sind minderqualifizierte Migranten stärker auf staatliche Unterstützung angewiesen als der Bevölkerungsdurchschnitt, insbesondere in Form von Bürgergeld, Arbeitslosengeld, Wohngeld, Kinderbetreuungszuschüssen und anderen Sozialleistungen. Laut Raffelhüschen liegt die Finanzlücke für die Steuer- und Sozialsysteme bei 13,4 Billionen Euro – ohne Zuwanderung. Mit Zuwanderung erhöht sich diese Lücke – aus den genannten Gründen, auf 19,2 Billionen Euro. Demnach kostet die irreguläre Einwanderung Unqualifizierter die deutsche Volkswirtschaft 5,8 Billionen Euro – ein Vielfaches dessen, was man für nachhaltige Reformen aufwenden müsste. Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und dabei insbesondere der Altersvorsorge wird mit den überwiegend gering qualifizierten Asylbegehrenden und Wirtschaftsflüchtlingen unmöglich.

Sozialistische und sozialdemokratische Wirtschaftswissenschaftler kritisieren die Methodik der Generationenbilanz.

Alle drei, der genannten Forschungsarbeiten weisen ein gemeinsames Muster auf. Je höher die durchschnittlichen Bildungsabschlüsse der Einwanderer im Vergleich zum durchschnittlichen Bildungsniveau der Aufnahmegesellschaft sind, desto eher profitiert diese davon. Das bedeutet umgekehrt, dass minder- oder unqualifizierte Einwanderer, darunter ein hoher Anteil von Analphabeten, jedes Sozialsystem überfordern.

Obwohl Städte und Gemeinden, insbesondere jedoch deren Bürger, unter den steigenden, einwanderungsbedingten Lasten ächzen, wird der zum Abgrund führende Weg wie von Sinnen weitergegangen. Nur wenige scheren aus. Seit dem 01.02.2025 gilt

im rheinland-pfälzischen Pirmasens eine Zuzugssperre (DIE RHEINPFALZ) In Pirmasens war schon im Sommer 2024 die Aufnahmequote um mehr als 80 Prozent überschritten. Von den rund 41.800 Einwohnern stammten 1.080 aus Syrien und über tausend weitere aus der Ukraine. Der Pirmasenser Oberbürgermeister Markus Zwick (CDU) klagte, dass die Eingewanderten mittlerweile »Strukturen der Heimatnationen vorfinden, die eine Partizipation in der aufnehmenden Gesellschaft praktisch unmöglich machen«. Es komme zu einer »integrationshemmenden Segregation«, das heißt, zur Herausbildung von in sich abgeschlossenen Parallelgesellschaften. Die weitgehend am Tropf der steuerfinanzierten Transferleistungen hängen.

Gesamtwirtschaftlich wäre Deutschlands Wohlstand und die Fürsorge ohne Einwanderung wesentlich besser gesichert als mit der großzügigsten Einwanderungspolitik. Die Hoffnung, dass durch die Einwanderung überwiegend junger Glücksritter diese künftig die Sozialsysteme alternder Gesellschaften stabilisieren könnten, ist ein verhängnisvoller Mythos.

Die Einwanderung durch in hohen Zahlen unqualifizierter Ausländer bei gleichzeitiger Abwanderung vielfach hochqualifizierter und teuer ausgebildeter Einheimischer ... bedeutet nicht nur eine eklatante Einbuße bei Steueraufkommen und Sozialbeiträgen. Zu den horrenden Finanzkosten kommen noch jede Menge, die Aufnahmegesellschaft belastender Opportunitätskosten hinzu. Kinder von unqualifizierten Einwanderern benötigen häufig zusätzliche Bildungsressourcen (z.B. Sprachförderung). Staatliche Programme zur Integration, wie Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen, sind kostspielig. Bildungsdefizite, mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende Anerkennung von Qualifikationen erschweren oft den Zugang zu besser bezahlten Berufen. Dies kann zu einer dauerhaften Segregation und Abhängigkeit von Sozialhilfesystemen führen. Dazu zählen auch beispielsweise die Kosten für Knast- und Klapsmühle-Aufenthalte der zahlreichen Straftäter mit Islam- und Migrationshintergrund und aus dem Umfeld der Clan-Kriminalität. Da wäre die hohe Gefährdungslage im öffentlichen Raum und das Entstehen von Angsträumen wegen der kriminellen – insbesondere muslimischen – Einwanderer sowie des von den Einheimischen zu zahlenden Blutzolls. Aber auch der Kampf um Wohnungen und Wohnraum oder die Verdrängung deutscher Rentner an der Tafel usw. usf. ... Zu guter Letzt verändert das Einsickern islamischer Bräuche in den Alltag der Autochthonen auf eine Art und Weise, der niemals mehrheitlich zugestimmt wurde: Das reicht vom Gebetsaufruf des Muezzins bis zur Kinderehe, von der Vielweiberei bis zum Ehrenmord, von Grooming bis zu Gruppenvergewaltigungen. Und vom Barbier (Barbershop) bis zur Shisha-Bar.

Zuerst Technologie und Automatisierung, dann Remigration und Repatriierung

»We used to think declining populations caused negative growth. But in my discussions with leaders of major developed nations with restrictive – or as some say, xenophobic – immigration policies, I've observed that while their populations are declining, they are aggressively developing robotics, AI, and technology. If the transformative potential of these innovations delivers as expected, we might see these countries improve living standards even with shrinking populations.«*

*Laurence D. Fink, Gründer, Aufsichtsratsvorsitzender und Vorstandsvorsitzender von BlackRock, während der WEF Podiumsdiskussion »Investing amid Global Fracture« beim »Special Meeting on Global Collaboration, Growth and Energy Development«, in Riad, Saudi-Arabien, 29.04.2024 (10.15-11.00 Uhr).

Deutsch: »Früher dachten wir, dass schrumpfende Bevölkerungen ein negatives Wachstum zur Folge haben würden. Doch in meinen Gesprächen mit führenden Politikern großer Industrienationen mit restriktiver – oder wie manche sagen würden: fremdenfeindlicher – Einwanderungspolitik habe ich festgestellt, dass ihre Bevölkerung zwar schrumpft, sie aber gleichzeitig aggressiv Robotik, KI und Technologie entwickeln. Wenn sich das transformative Potenzial dieser Innovationen wie erwartet entfaltet, könnten diese Länder ihren Wohlstand sogar bei schrumpfender Bevölkerung steigern.«

Diese Aussagen des langjährigen Migrations- und Diversitätsbefürworters Fink scheinen eine 180-Grad-Wende darzustellen. Die Ironie ist frappierend: Länder, die vom woken Westen oft für ihre »rückständige« Einwanderungspolitik getadelt wurden, könnten die Gewinnern der KI-Revolution sein und die Einwanderungsländer haushoch überflügeln.

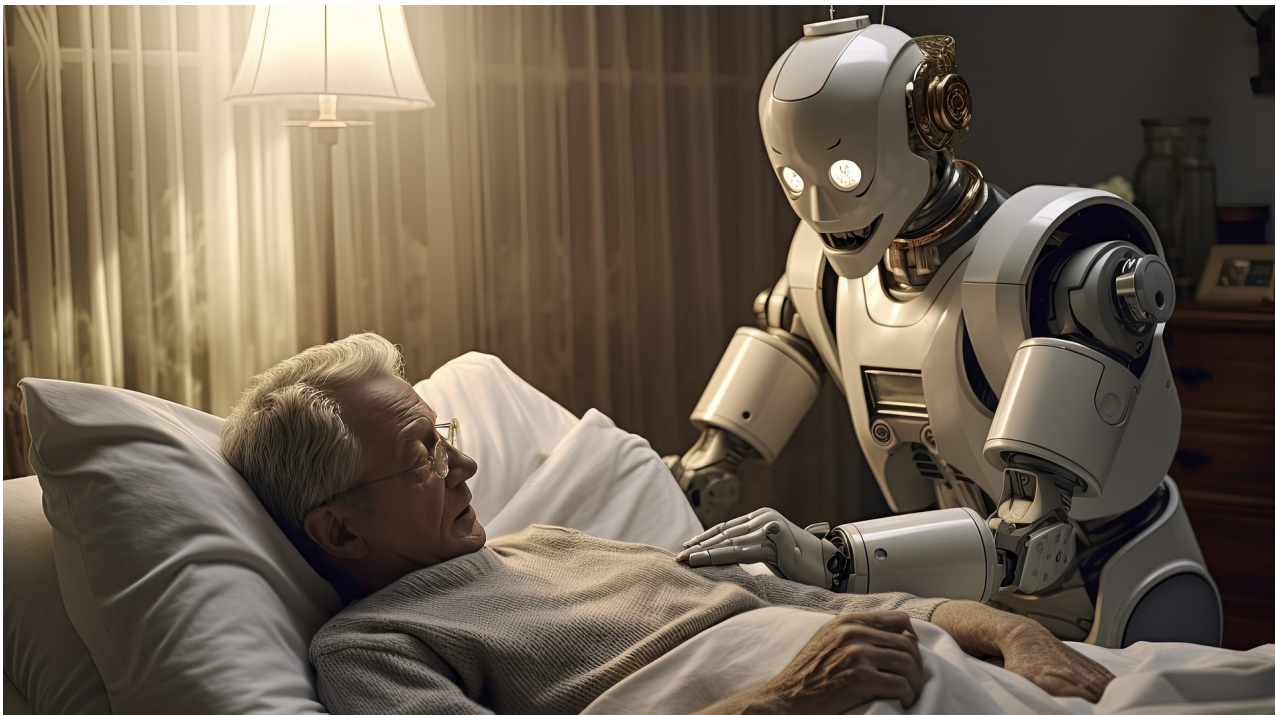
Fink weist auf eine »Goldman Sachs«-Prognose hin, wonach KI bald 300 Millionen Arbeitsplätze im Westen überflüssig machen oder zumindest erheblich verändern dürften. Darunter sogar hochqualifizierte Berufe wie Mediziner, Rechtsanwälte, Mathematiker, Programmierer, Dolmetscher, Schriftsteller, Journalisten sowie etwa Buchhalter oder Finanzbeamte. Auf diesen Wandel scheinen die »fremdenfeindlichen« Nationen Asiens – z.B. Südkorea, Japan und China – weit besser vorbereitet zu sein als die europäischen Einwanderungsmagnete. Statt in Masseneinwanderung investieren diese Länder lieber in Automatisierung, KI und Robotik. Dank auch ihrer weitgehend homogenen Gesellschaften dürften sie weniger von einwanderungsbedingten sozialen Spannungen heimgesucht werden als die EU-Länder. Wegfallende Arbeitsplätze könnten sie besser kompensieren als die Länder mit einer zur Revolte neigenden arbeitslosen Reservearmee unqualifizierter ausländischer Hilfsarbeiter. Sie hätten dadurch entscheidende Vorteile bei der Anpassung an diesen wirtschafts-technologischen Wandel. Trotz demografischer Herausforderungen könnten sie ihren Lebensstandard und ihren Wohlstand weiter steigern.

Finks Analyse wirft schwerwiegende Fragen auf: Hat der Westen zu sehr auf Masseneinwanderung zur Lösung der demografischen Probleme gesetzt? Während die westlichen Länder fallende Geburtenraten, Überalterung und Fachkräftemangel durch den Zustrom unqualifizierter Migranten bekämpfen wollen und sämtliche sozialen Probleme dadurch sogar noch verschärfen, bauen andere Länder die Fabriken der Zukunft. Diese Entwicklung sollte eine dringend benötigte Debatte über die Zusammenhänge zwischen Einwanderung, Automatisierung und Wohlstand im Westen auslösen.

Unterstützt wird diese Einschätzung u.a. von Professor Michael Berlemann, wissenschaftlicher Direktor des HWWI (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut). Einerseits: »Arbeitskräfte mit niedriger Berufsqualifikation stehen uns eher im Übermaß zur Verfügung. Ein Grund liegt in der Zuwanderung von Menschen, die entweder keine

qualifizierte Berufsqualifikation mitbringen oder wegen der Anerkennungsproblematik ihrer Qualifikation nur als Geringqualifizierte arbeiten.« Darüber hinaus verlieren wir zu viele Menschen durch Frühverrentung, unterstreicht Berlemann. Denn ab einem Alter von Mitte bis Ende 50 sei die Beschäftigtenquote rückläufig. Daher lohne es sich, an dieser Schraube zu drehen. Die Menschen ein oder zwei Jahre länger in Arbeit zu halten, könne einen spürbaren Effekt erzielen. Indessen bestünden die größten Chancen zur Lösung des Fachkräfteproblems im Einsatz von Automatisierung, Digitalisierung und KI. Berlemann: »Das ist die Strategie, in die wir vor allem Hoffnungen setzen. Ziel wäre es, so viele Tätigkeiten wie möglich zu automatisieren und damit Arbeitskräfte zu unterstützen. Das würde zu mehr Attraktivität im Arbeitsmarkt führen, weil repetitive Tätigkeiten wegfallen. Früher herrschte angesichts von mehr Technik im Arbeitsumfeld die Angst vor Jobverlust. Nun brauchen wir die Technik, um fehlende Arbeitskräfte zu ersetzen.« Dario Amodei, CEO des 2021 gegründeten US-amerikanischen KI-Unternehmens Anthropic, geht davon aus, dass Künstliche Intelligenz die menschlichen Fähigkeiten schon in naher Zukunft in fast allen Bereichen übertreffen könne. Sie werde fähig sein, bis hin zur physischen Hardware, direkt mit unserer Umwelt zu interagieren. Er glaube nicht, dass es viel länger dauern wird, bis KI-Systeme in fast allem besser sind als Menschen. Besser als fast alle Menschen in fast allem, betonte er. Und irgendwann besser als alle Menschen in allem, sogar in der Robotik.

Vorsprung durch Technik



Auf ähnlichen Wegen befindet sich Südkorea. Das Land hat das weltweit höchste Verhältnis von Robotern zu Arbeitern: Auf zehn Fabrikarbeiter kommt ein Roboter.

Asiatische Länder, etwa Singapur, Südkorea, die Volksrepublik China, Taiwan und Japan, die vor ähnlichen demografischen Herausforderungen wie Deutschland stehen, haben beschlossen, diese ohne umfangreiche Einwanderung zu bewältigen. Sie setzen auf eine

Kombination aus Technologie, gesellschaftlichen Anpassungen und gezielten Reformen.

Ein Land, das diesen Visionen seit Jahren folgt, ist Japan. Japan steht tatsächlich vor ähnlichen demografischen Herausforderungen wie Deutschland, insbesondere einer stark alternden Gesellschaft und einer schrumpfenden Bevölkerung. Der Ansatz Japans, mit diesen Problemen umzugehen, unterscheidet sich jedoch deutlich, insbesondere in Bezug auf Einwanderung. Japan setzt massiv auf Technologie, um den Arbeitskräftemangel zu kompensieren. Dies gilt besonders für den Pflege- und Dienstleistungssektor. Dazu werden Pflegeroboter oder Kommunikationsroboter entwickelt, die Pflegekräfte z.B. beim Heben und Tragen von Patienten entlasten sowie ältere Menschen unterstützen. Auch in der Industrie, im Einzelhandel und in der Gastronomie werden Prozesse zunehmend automatisiert, um Arbeitskräfte einzusparen. Zur Anwendung kommen automatisierte Kassen, Drohnen für die Logistik oder KI-gesteuerte Maschinen. Auch setzt Japan beispielsweise Roboter für die Auslieferung von Lebensmitteln ein, anstatt Wanderarbeiter zu beschäftigen.

Über technologische Lösungen hinaus, werden in Japan auch Maßnahmen zur Optimierung des Arbeitsmarktes ergriffen. Die gesetzliche Altersgrenze für den Ruhestand wurde angehoben, um ältere Menschen länger im Arbeitsmarkt zu halten. Viele Unternehmen beschäftigen Rentner in Teilzeit oder auf Vertragsbasis.

Trotz einer äußerst restriktiven Einwanderungspolitik hat Japan in den letzten Jahren vorsichtig damit begonnen, hochqualifizierte Fachkräfte ins Land zu holen. Allerdings nur zur temporären Beschäftigung in bestimmten Wirtschaftsbereichen, z.B. IT und Forschung, Bauwesen, Landwirtschaft und Pflege. Eine dauerhafte Integration ist nicht vorgesehen. Ein Punktesystem belohnt Qualifikationen, Sprachkenntnisse und Berufserfahrung. Unqualifizierte haben keine Chance.

Auch China geht den »japanischen Weg«. Ende 2023 lebten in China 216,76 Millionen Menschen im Alter von 65 Jahren und älter, das entspricht 15,4 Prozent der Bevölkerung des Landes. Trotz fallender Geburtenraten und zunehmender Vergreisung wie in Japan, setzt man nicht auf Zuwanderung aus dem Ausland, sondern auf Roboter.

In naher Zukunft könnte die rasch alternde Bevölkerung Chinas in ihren letzten Lebensjahren von humanoiden Robotern betreut werden. Das jedenfalls sehen auf höchster Ebene beschlossene Pläne vor, die darauf abzielen, die wachsenden demografischen Herausforderungen des Landes technologisch zu bewältigen. Das chinesische Kabinett betonte, die Entwicklung von Technologien und die Digitalisierung in diesem Sektor zu beschleunigen und versprach, große nationale Wissenschafts- und Technologieprojekte mit Schwerpunkt auf den oben genannten Bereichen anzustoßen. Die Forschung und Entwicklung humanoider Roboter sowie von Gehirn-Computer-Schnittstellen und künstlicher Intelligenz werden gefördert, um die Altenpflege im ganzen Land zu unterstützen, so der Staatsrat in einer am 07.01.2025 veröffentlichten Richtlinie. Künftige Roboter sind als Begleiter vorgesehen, sollen die Gesundheit überwachen und sogar geliebten Menschen (Kindern, verstorbenen Ehepartnern) ähneln.

Fazit

Neben dem Totalversagen der zahllosen »Bildungsreformen« seit Ende der 1960er Jahre scheint die Demografie der Einwanderung und die Gewaltneigung der Schüler das Schicksal Deutschlands als Bildungsnation und entwickeltes Land zu besiegeln.

Die Frage nach den langfristigen wirtschaftlichen Kosten und Nutzen von Einwanderung, insbesondere durch unqualifizierte Migranten, wird kontrovers diskutiert und hängt stark von den spezifischen Umständen und politischen Rahmenbedingungen des Aufnahmelandes ab. Studien aus Ländern wie den Niederlanden und Dänemark weisen darauf hin, dass unqualifizierte Einwanderung unter bestimmten Bedingungen tatsächlich fiskalische Belastungen für den Aufnahmestaat verursachen kann. Die wesentlichen Argumente und Erkenntnisse aus solchen Studien sind:

Neben dem Totalversagen der zahllosen »Bildungsreformen« seit Ende der 1960er Jahre scheint die Demografie der Einwanderung und die Gewaltneigung der Schüler das Schicksal Deutschlands als Bildungsnation und entwickeltes Land zu besiegeln.

Diese Bildungsferne der Einwanderermehrheit, von ihrer Gewaltneigung ganz abgesehen, gefährdet massiv den einheimischen Wirtschaftserfolg, der auf guter Bildung und – ja! – auf preußischen Tugenden beruht. Es droht der kulturelle und intellektuelle Abstieg für die Länder Westeuropas, die sich entweder vorsätzlich der Masseneinwanderung verschrieben haben oder fahrlässig davon überrollen ließen.

Im internationalen Vergleich zwar niedrigere Gehälter, dafür die höchsten Steuern und Energiepreise, eine zerfallende Infrastruktur unter sichtbarer Verwahrlosung des öffentlichen Raums bei einer gleichzeitig dramatischen Sicherheitslage und galoppierender Islamisierung – all das sind Bedingungen, mit denen sich keine hochqualifizierte Fachkraft auf dem Weltmarkt für Deutschland gewinnen lässt.

Es gibt daher nur drei Entscheidungen, die wieder auf die Erfolgsbahn zurückführen könnten:

1. Vollständige Remigration aller Illegalen und aller – mit und ohne Doppelpass – die sich seit 1990 die deutsche Staatsbürgerschaft erschlichen haben, bei gleichzeitig totaler Nulleinwanderung, zuzüglich der Überprüfung aller Einbürgerungen seit dem Anwerbestopp von Türken nach dem 30. Oktober 1973.
2. Durch international nicht konkurrenzfähige Rahmenbedingungen werden massenhaft eigene, teuer ausgebildete Talente ans Ausland verloren. Die Repatriierung² durch Braindrain verloren gegangener einheimischer Fachkräfte und Talente mittels der konkurrenzfähigsten Verbesserung aller Rahmenbedingungen (null Einkommens- und Körperschaftssteuern, Energieüberschuss, usw.).

3. Allein in den USA gibt es etwa 45 bis 55 Millionen Menschen, die sich als deutschstämmig bezeichnen – was einem Bevölkerungsanteil von etwa 15 bis 20 Prozent entspricht. Die Deutschstämmigen (zu denen z.B. auch Donald Trump³ zählt) sind daher als Rückwanderungs- und Fachkräftereservoir zu erschließen. Größere deutschstämmige Bevölkerungsanteile gibt es noch in Brasilien und Argentinien, Kanada, Australien und Neuseeland.

4. Die Bewältigung der demografischen und anderen Krisen durch technologische Innovationen wie KI, humanoide Robotik, Quantencomputing, Rationalisierung und Automatisierung sowie eine auf absolute Spitzenleistung ausgerichtete Bildungspolitik, flankiert von aktiver Bevölkerungspolitik (d.h. Geburtenförderung).

¹Flüchtlinge aus der Ukraine sind nicht berücksichtigt, da sie aufgrund des Krieges einen temporären Schutzstatus erhielten und ihre Einwanderung außerhalb des spätestens 2015 losgetretenen unregulierten Masseneinwanderungsgeschehens stattfand.

²Rückführung in die Heimat

³Seine Großeltern väterlicherseits (Friedrich Trump und Elisabeth Christ) waren aus Kallstadt in der Pfalz 1905 in die USA ausgewandert. Sein Großvater verließ Kallstadt erstmals 1885, bevor er 1901 zur Heirat zurückkehrte, die 1902 stattfand.